

Kulturpolitische Maßnahmen von 2010–2015	Vorschläge der IG Kultur für kulturpolitische Maßnahmen von 2010–2015
<b>2010</b>	
Landesregierung beschließt Kürzungen von 25% in jedem Ressort	Abschaffung der <b>Kultur-Service-Gesellschaft</b> und Bindung der frei werdenden Finanzmittel an die freie Kulturszene
	Schaffung einer <b>Bündel-Versicherung</b> für ehrenamtliche MitarbeiterInnen im Zuge des „Europäischen Freiwilligenjahres“
	<b>Good Governance:</b> Vereinfachung der Abrechnungsmodalitäten für Kulturverwaltung und Kulturschaffende
Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung für die Leitung des Joanneumkomplexes / Kunsthauses; Vertragsverlängerungen bis 2017	
<b>2011</b>	
<b>Sparpolitik Vorhaben:</b> Die Großen retten die Kleinen	Kein Kahlschlag! Eine umsichtige und nachhaltige Kulturpolitik in der <b>Petition PLUS 25%</b> an die Landesregierung
<b>Verzögerung der Zahlungen</b> für die mehrjährigen Verträge: 25% der Mittel im Februar, 75% bis Mai nicht gesichert	
	Start der Kampagne <b>Fair Pay für Kulturarbeit</b> – Etablierung des Gehaltsschemas und der Honorarrichtlinien
Eingliederung des unabhängigen Instituts für <b>Kunst im öffentlichen Raum</b> in das Universalmuseum; Budgetkürzung für das Institut um 50%	
Die <b>Neue Galerie</b> verschwindet im Universalmuseum Joanneum	
Personalpolitisches Fiasko: Abgang von Werner Fenz und Peter Weibel	
<b>KSG evaluiert KSG:</b> neue Schwerpunktsetzung bei den Aufgaben	
Kulturbeirat begutachtet Kunst- und Kulturförderungsgesetz und Beiratssystem des Landes	Übernahme des funktionierenden <b>Beiratssystems</b> der Stadt Graz im Land
Aufruf zur <b>Neupositionierung des Grazer Künstlerhauses</b>	Manifest für ein <b>offenes und selbstverwaltetes Künstler*innenhaus</b>
<b>Budgetumschichtungen</b> durch die 2011 ausgezahlte 1. Rate für 2012 an die PartnerInnen von 3-Jahresverträgen	
<b>2012</b>	
Intransparenz bei der <b>Umstrukturierung des Künstlerhauses</b>	
<b>Abschaffung des Landeskulturbeirats</b>	
	<b>Innovationstopf:</b> Finanzmittel für experimentelle Kunst- und Kulturprojekte und Entwicklung transparenter Ausschreibungs- und Vergabeprozesse
<b>Novellierung des Kunst- und Kulturförderungsgesetzes</b> (2 Punkte: Einführung Kulturkuratorium; Eingliederung Institut KIÖR ins UMJ)	<b>Stellungnahme zur Novellierung des Kunst- und Kulturförderungsgesetzes</b> im Unterausschuss des Landtages
<b>Aufstockung der mehrjährigen Förderverträge</b> von 146 auf 155 Kulturinitiativen (von 5,2 Mio Euro auf 6,5 Mio Euro)	
<b>Streichung der Regionale;</b> Verlust des Budgets für die Regionen	
	Erfordernis der Medienberichterstattung von Kunst- und Kulturproduktion
<b>2013</b>	
<b>Einführung des Kulturkuratoriums</b> mit Übernahme der Aufgaben zweier Gremien – des Förderbeirates und des Kulturbeirates	
Verzicht auf die Beachtung des Kulturbereichs im neuen <b>Veranstaltungsgesetz und dessen Sicherheitsverordnung</b>	<b>Stellungnahme zum Veranstaltungsgesetz</b> + Entwurf der Veranstaltungssicherheitsverordnung: Ausnahmeregelung für Kulturinitiativen erforderlich
	<b>EU-Finanzierungen</b> für Kulturinitiativen: Fördertopf zur Co-Finanzierung und „Projekt-Gruppen“ zur gemeinsamen Einreichung von Kulturinitiativen
	<b>Stärkung der regionalen Kulturarbeit</b> durch das EU-Programm Leader
	<b>Kultur für alle</b> (Ausdünnung der Kulturszene stoppen)
<b>2014</b>	
<b>Streichung eines Einreichtermins</b> für Projektförderungen - Verschleppung von Entscheidungen und Auszahlungen bis 2015	<b>Demokratisierung der Kulturpolitik im 21. Jahrhundert;</b> 22 Beiträge von Kulturschaffenden in der Publikation „Es gibt viel zu tun“
<b>Novellierung des Stmk. Rundfunkabgabegesetzes:</b> Bindung von 500.000 Euro für Kulturförderungen	
<b>2015</b>	
Kürzungswelle bei Projektförderungen (50 bis 100%)	
<b>Sparpolitik Ergebnis:</b> minus 6 Mio. (12%) bei den „Großen“ - minus 4 Mio. (33%) bei den „Kleinen“	<b>Kulturpolitik jenseits der Mängelverwaltung</b>
<b>Auflösung der KSG,</b> Eingliederung der MitarbeiterInnen in die Kulturabteilung, Bindung der freien werdenden Finanzmittel an die Freie Szene	